



**Keine Experimente
mit unserer Sicherheit.**

Bewährtes Schengen, sichere Schweiz.

Am 15. Mai

**Frontex-
Schengen**

frontex-schengen-ja.ch

ja

Medienkonferenz

Überparteiliches Komitee «Frontex-Schengen JA»

Medienmitteilung, Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr
Bern, 29. März 2022

Keine Experimente mit unserer Sicherheit: JA zu Frontex – JA zu Schengen

Mit ihrer Beteiligung an der Weiterentwicklung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex übernimmt die Schweiz Verantwortung und stärkt die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern. Gleichzeitig garantiert ein Ja unsere Schengen-Mitgliedschaft. Damit tragen wir zur Sicherheit in Europa bei, schützen unsere Grenzen, erhalten unsere Reisefreiheit und stärken die Tourismusdestination Schweiz. An der Pressekonferenz in Bern hat heute das überparteiliche Komitee «Frontex-Schengen JA» – bestehend aus Vertreter:innen der Grünliberalen, Die Mitte, FDP, Die Liberalen, der Wirtschaft und des Tourismus - zusammen mit Mitgliedern der SVP sowie Operation Libero und der Europäischen Bewegung Schweiz die Kampagne lanciert und seine Argumente dargelegt.

Am 15. Mai 2022 stimmt die Schweiz über eine Erhöhung ihres Beitrags an die europäische Grenzschutzagentur Frontex ab. Frontex koordiniert die Überwachung der Aussengrenzen des Schengen-Raums, zu dem auch die Schweiz gehört. Deshalb soll unser Land seinen Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen.

JA zum Verbleib bei Schengen/Dublin

Das Schweizer Stimmvolk hat sich 2005 klar für die Abkommen Schengen/Dublin ausgesprochen. Seither wurde die Zustimmung zur Schweizer Mitgliedschaft in Schengen in mehreren Urnengängen bestätigt. Zum Schengen Vertrag gehört auch die Beteiligung an Frontex zur Überwachung der gemeinsamen Aussengrenzen. Als Schengen-Mitglied hat sich die Schweiz verpflichtet, Weiterentwicklungen des Schengen-Acquis solidarisch mitzutragen. Ansonsten tritt der Schengen Vertrag innert sechs Monaten automatisch ausser Kraft. Der Verlust des Abkommens hätte weitreichende negative Folgen, für unsere Sicherheit, unsere Beziehungen zur Europäischen Union, unsere Reisefreiheit in Europa und für unsere Wirtschaft, insbesondere für den Tourismus. Mit dem Wegfall des Schengen-Vertrags würde auch das Übereinkommen Dublin hinfällig, das rechtlich daran geknüpft ist. Es regelt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Asylwesen. Ohne Dublin wäre die Schweiz beispielsweise das einzige Land im Schengen-Raum, in dem Zweitgesuche von Asylsuchenden möglich wären.

Chance, mit der EU wieder gemeinsam an einem Strang zu ziehen

Seit dem Verhandlungsabbruch über das Rahmenabkommen steckt die Schweizer Europapolitik in der Sackgasse. Darunter leidet das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Die negativen Konsequenzen der Erosion der Bilateralen zeigen sich bereits: so ist die Schweiz zum Beispiel vom europäischen Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» weitgehend ausgeschlossen. Im Bereich der Schweizer Medizinalprodukte gibt es ebenfalls Probleme: Diese werden in der EU nicht mehr als gleichwertig anerkannt. Die Ablehnung der Beteiligung der Schweiz am Frontex-Ausbau würde die Situation weiter verschärfen. Zu einem Zeitpunkt, in dem die europäischen Länder wegen des Kriegs in der Ukraine wieder enger zusammenrücken, sendet ein solches Abseitsstehen erst recht das falsche Signal.

Sichere Schweiz, auch dank polizeilicher Zusammenarbeit im Schengen-Raum

Mit dem Schengen Vertrag wurde ein gemeinsamer Sicherheitsraum geschaffen, in dem die Polizeikräfte aller Länder grenzübergreifend eng zusammenarbeiten. Die Schweizer Sicherheitsbehörden haben seit dem Schengen Beitritt ebenfalls direkten Zugang zum Schengener

Informationssystem (SIS II) und zum Visa Informationssystem (VIS). Ist die Schweiz nicht mehr Schengen-Mitglied, verliert sie den Zugriff auf diese wichtigen Fahndungsdatenbanken genauso wie das Vereinigte Königreich nach dem Brexit. Unsere Sicherheitsbehörden würden blind.

Verantwortung übernehmen und Menschenrechtssituation an Europas Grenzen aktiv verbessern

Als Schengen-Mitglied hat die Schweiz ein Mitbestimmungsrecht bei Frontex und ist Mitglied in dessen Verwaltungsrat. Sie kann so aktiv darauf hinwirken, dass sich die europäische Grenzschutzagentur in ihrer Arbeit verbessert und die Grundrechte an den Aussengrenzen eingehalten werden. Auch kann die Schweiz die rechtlichen Rahmenbedingungen von Frontex als Schengen-Mitglied direkt beeinflussen. Durch die neue Frontex-Verordnung werden zudem die Schutz- und Überwachungssysteme ausgebaut: Schulungen für Beamte der See- oder Landesgrenzüberwachung, neu gibt es einen Grundrechtsbeauftragten (Fundamental Rights Officer, FRO) und 40 unabhängige Grundrechtsbeobachter:innen überwachen die Umsetzung der Grundrechtsverpflichtungen von Frontex. Mit einem Nein nimmt sie hingegen ihre Verantwortung nicht wahr. Sie stellt sich ins Abseits – und damit ist niemandem geholfen, zumal Frontex auch ohne die Schweiz weiterbestehen bleibt.

Reisefreiheit in Europa und Tourismus in der Schweiz stärken

Ohne Schengen wird die Schweiz zur Visums-Insel, denn Touristen aus den wichtigen Fernmärkten ausserhalb Europas bräuchten neu ein separates Visum für die Schweiz. Studien beziffern den daraus entstehenden Verlust für die Beherbergungs- und Tourismusbranche auf jährlich über eine halbe Milliarde Franken. Hinzu kommen die Grenzkontrollen, welche wieder eingeführt werden müssten, weil die Schweiz wieder zur Aussengrenze der EU würde. Staus am Zoll und Warteschlangen an den Flughäfen wären kaum vermeidbar. Für die Tourismusbetriebe bedeutet dies das latente Risiko von Lieferengpässen oder Verspätung. Für die Gäste und für uns selbst bedeutet das Reisebürokratie statt Reisefreiheit. Schliesslich ermöglicht Schengen auch uns das freie, unkomplizierte Reisen in ganz Europa.

Für Rückfragen:

Tiana Angelina Moser, Nationalrätin GLP, Tel. 076 388 66 81

Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin Die Mitte, Tel. 079 657 10 65

Andri Silberschmidt, Nationalrat FDP, Tel. 079 367 58 31

Jean-Pierre Grin, Nationalrat SVP, Tel. 079 548 85 74

Sanija Ameti, Co-Präsidentin Operation Libero, Tel. 078 618 90 95

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung economiesuisse, Tel. 079 301 70 47

Nicolo Paganini, Präsident Schweizer Tourismus-Verband, Tel. 079 605 19 43

Webseite:

www.frontex-schengen-ja.ch

Livestream:

<https://youtu.be/szFU19G9kds>

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Tiana Angelina Moser, Nationalrätin glp

Am 15. Mai stimmen wir über den Beitrag der Schweiz an Frontex und damit den Verbleib der Schweiz im Schengen-Raum ab.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern in sicherheits- und migrationspolitischen Fragen basiert heute zentral auf dem Schengen-Dublin Abkommen. Dieses Abkommen ist in einem umfassenden wirtschafts-, sicherheits- und migrationspolitischen Interesse der Schweiz. Die nachfolgenden Rednerinnen und Redner werden auf diese diversen Vorteile eingehen, welche wir gerade im aktuellen Kontext nicht fahrlässig aufs Spiel setzen sollten.

Mit der anstehenden Abstimmung geht es im Kern darum, dass die Grenz und Küstenwache Frontex mit genügend Material und Personal ausgestattet wird. Die Migrationskrise von 2015 hat den Handlungsbedarf hier offensichtlich gemacht. Für die Schengen-Staaten, aber auch zum Schutz der Grundrechte von Migrantinnen und Migranten. Auch aktuell, nach dem Angriff von Russland auf die Ukraine, leistet Frontex eine wichtige unterstützende Arbeit. Die Schweiz soll mit dieser Erweiterung wie alle anderen Schengen-Staaten ihren Anteil beitragen. Es geht hier um Ressourcen im umfassenden Sinne. Das heisst um finanzielle Mittel, aber es geht auch um Personal, Expertise und Mitsprache.

Mit dem Beitrag an Frontex werden verschiedene Ziele angestrebt. Selbstverständlich geht es dabei um die Verbesserungen der Kernaufgaben des Schengenraums: um den Schutz der Außengrenzen und um die Verbesserung der Sicherheit im Schengenraum. Ebenfalls zentraler Bestandteil ist aber der Ausbau des Grundrechtsschutzes. So wird der Grundrechtsverantwortliche neu von 40 Beobachtern unterstützt. Die Schweiz ist zudem seit 2021 mit zwei Experten vertreten. Die Frontex Erweiterung bedeutet somit auch eine Stärkung der Grundrechte. Das Referendum schwächt also genau jene Punkte, die eigentlich von den Referendumsführern kritisiert werden.

Die Schweizer Bevölkerung hat 2005 dem Beitritt zu Schengen zugestimmt. Mit der Zustimmung hat sich die Schweiz verpflichtet, Entwicklungen des Abkommens zu übernehmen. Das haben wir auch schon mehrfach getan. Notabene erst 2019 sehr deutlich mit einer Zustimmung von 63% zur neuen Waffenrichtlinie. Und was damals für die rechten Referendumsführer galt, gilt nun aus für die linken Referendumsführer: Wer A sagt muss auch B sagen. Es gibt bei Schengen-Dublin kein Cherry picking. Waffenrichtlinie und Frontex sind integraler Bestandteil dieses Abkommens.

Oder ganz konkret: Wir können nicht einfach sagen, die Reisefreiheit nehmen wir gerne, weil das in unserem wirtschaftspolitischen Interesse ist, aber an der Grenzsicherung wollen wir uns nicht beteiligen. Das überlassen wir dann lieber den Ländern an der Schengenausgrenze. So funktioniert die europäische Zusammenarbeit nicht. Wir müssten uns zurecht den Vorwurf der Trittbrettfahrerei gefallen lassen. Die Schweiz soll stattdessen weiterhin gemeinsam Verantwortung übernehmen. Dieses Bekenntnis hat gerade in der aktuellen Krisensituation noch mehr Bedeutung erhalten.

Entsprechend ist auch das Abkommen konzipiert. Wenn wir die Erweiterung ablehnen, wird das Schengen Abkommen automatisch nach sechs Monaten fallen. Es sei denn die EU-Kommission und alle EU-Staaten fällen einstimmig eine andere Entscheidung. Auf dieses Experiment sollten wir uns in der aktuellen Lage nicht einlassen.

Die Frontex Abstimmung ist im Kern eine europapolitische Vorlage. Die Schweiz liegt dank ihrer geografischen Lage nicht nur mitten in Europa, sondern auch mitten im Schengenraum. Wir sind auf stabile und verlässliche Beziehungen mit unseren europäischen Partnern angewiesen. Dank des Schengen Dublin Abkommens sitzen wir bei allen Diskussionen in diesen Themen mit am Tisch und können mitgestalten und die Beziehung funktioniert.

Die Beziehungen der Schweiz zur EU sind seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommen stark belastet und die Zukunft der Bilateralen Beziehungen ist alles andere als gesichert. Ein Nein zur Frontex Vorlage – notabene primär aus innenpolitischen Gründen - würde unsere Beziehungen zu unseren europäischen Partnern zu einer Unzeit erneut belasten.

Ein Ja zu Frontex ist somit auch ein europapolitisches Ja. Ein Ja dazu gemeinsam Verantwortung für die migrations- und sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa zu übernehmen. Wir sollten gerade in einer Krisensituation die Bewältigung der Probleme nicht einfach auf die anderen europäischen Länder und dabei insbesondere jene an den Aussengrenzen abschieben.

Kontakt:

Tiana Angelina Moser, Nationalrätin GLP, Tel. 076 388 66 81

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin Die Mitte

Die Mitte spricht sich klar für die Erweiterung des Schengen Besitzstandes aus. Das Referendum dagegen war schon vor dem 24. Februar dieses Jahres nicht nachvollziehbar. Seit der russischen Invasion in der Ukraine steht es nun aber völlig quer in der Landschaft.

Dieser Angriffskrieg gegen ein souveränes Land – ein Szenario, das wir im 21. Jahrhundert nicht mehr für möglich hielten – schockiert und macht tief betroffen. So etwas war bis vor kurzem noch unvorstellbar; heute ist es leider bittere Realität. Diese aktuellen Ereignisse verdeutlichen umso stärker, dass die Schweiz Teil der europäischen Sicherheitsordnung ist. Gerade in einer Krise ist es zentral, dass der Grenzschutz funktioniert und sichergestellt ist, dass Menschen auf der Flucht geholfen wird und sie vor Missbrauch und Kriminalität geschützt werden können. Die Annahme des Referendums am 15. Mai würde eine Teilnahme der Schweiz an dieser Sicherheitsordnung aufs Spiel setzen.

Darüber hinaus würde unser Verhältnis zu unseren Nachbarn und zur EU weiter erschweren. Wir würden aus dem Schengen-System ausgeschlossen und damit auch aus dem gesamteuropäischen Sicherheitssystem. Dies wäre völlig verantwortungslos und hätte weitreichende Konsequenzen für die internationale Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Asylbehörden. Der Zugriff auf unzählige Datenbanken und Informationssysteme ginge verloren, die essenziell für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung sind. Ohne das Schengener Informationssystem SIS wäre unsere Polizei blind und taub.

Klar ist, dass Frontex nicht perfekt ist. Es gibt berechtigte Kritik und es sind Verbesserungen nötig. Menschenrechtsverletzungen an den Aussengrenzen, insbesondere die illegalen «Push-Backs», sind klar zu verurteilen. Diese finden unter den Augen und in manchen Fällen wohl unter Beteiligung von Frontex-Beamten tatsächlich statt. Nicht immer sind es aber Frontex-Grenzen, die in Berichten gezeigt werden, wie z.B. die Grenze von Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Aber wichtig ist, dass wir mit der Aufstockung der Frontex, Leute an die Aussengrenze schicken, die genau solche Vorfälle, wenn sie dann an der Frontex-Grenze stattfinden, untersuchen.

Bei der Annahme des Referendums wird der europäische Grenzschutz geschwächt. Wird der Grenzschutz geschwächt, werden Menschenhändler und Schlepperbanden gestärkt. Schlimmer noch: Die Schweiz stiehlt sich aus der Verantwortung, tatsächlich etwas zu verbessern.

Ein Abseitsstehen der Schweiz hilft niemandem in Not. Eine aktive Beteiligung der Schweiz mit Experten ist viel zielführender. Die Bekämpfung asylrechtlich unzulässiger Methoden kann effektiver bekämpft werden, wenn die Schweiz auch mit Personal des Grenzschutzkorps vor Ort dabei ist und auf allfällige Missstände bezüglich Rechtsverletzungen hinweisen kann. Genau dafür legen wir mit einem Ja am 15. Mai die Grundlage. So setzt die Schweiz Grenzschutzexperten ein, die dafür sorgen, dass die Grundrechte gewahrt bleiben. Es ist deshalb wichtig und richtig, dass die Schweiz ihre Teilnahme auch personell ausbaut. Der Schutz an den Aussengrenzen wird verbessert, so können Asylverfahren an der Aussengrenze durchgeführt werden und es gibt eine gemeinsame Rückführungspolitik. Vorgesehen ist aber auch, dass in Krisenzeiten ein Solidaritätsmechanismus greift, bei dem Schutzbedürftige auf verschiedene Staaten verteilt werden.

Das Schengener Abkommen stärkt die innere Sicherheit des Schengen-Raums und damit auch die der Schweiz. Mit der Erweiterung des Schengen-Besitzstandes setzt sich die Schweiz stärker für die Sicherheit der Schengen-Aussengrenzen ein. Damit kann die Schweiz einen aktiven Beitrag für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Menschen an der Grenze leisten. Es ist deshalb richtig, dass die Schweiz hier ihre Verantwortung übernimmt und sich mit Geld und Personal solidarisch an diesem System beteiligt.

Deshalb sagt Die Mitte klar Ja am 15. Mai zu Schengen und zu Frontex.

Kontakt:

Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin Die Mitte, Tel. 079 657 10 65

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Andri Silberschmidt, Nationalrat FDP

Sicherheit und Migration brauchen eine europäische Koordination

Ich möchte Ihnen erklären, wie das Referendum zu Frontex-Schengen die Sicherheit gefährdet.

Kein Alleingang in Europa

Das Referendum gegen Frontex-Schengen gefährdet direkt die Schweizer Sicherheit. Frontex und dessen Weiterentwicklung ist Teil des Schengen-/Dublin-Abkommens. Unsere Beteiligung an Frontex garantiert unsere Mitgliedschaft in Schengen/Dublin. Wird Frontex-Schengen am 15. Mai abgelehnt, dann verliert die Schweiz nach sechs Monaten ihre Assoziierung mit dem Schengenraum und die damit verbundene europäische sicherheitspolitische Kooperation. Das käme einem europapolitischen Totalschaden gleich. Mit der derzeitigen Situation in Europa kann ich kein Verständnis dafür aufbringen, dass wir uns fahrlässig aus der Europäischen Sicherheitszusammenarbeit verabschieden.

Schengen als unverzichtbares Sicherheitsinstrument erhalten

Mit dem Schengen-Beitritt vor gut 15 Jahren wurde nicht nur die Arbeit unserer nationalen Sicherheitsbehörden massiv vereinfacht, es konnten auch grosse Hürden in der Zusammenarbeit für die europäische Sicherheit genommen werden. Diese Kooperation hat nicht nur Europa sicherer gemacht, sondern auch die Schweiz. Dank dem Schengen Abkommen wird auch der Zugang zum Schengener Informationssystem gewährleistet. Die Fahndungsarbeit der Schweizer Sicherheitsbehörden beginnt nicht erst an der Landesgrenze. Dank dem Schengen-Abkommen ist der Zugriff auf die europäische Datenbank gewährleistet und somit die Einreise von potenziell gefährlichen Personen bestmöglich verhindert. Pro Tag erhalten unsere Strafverfolgungsbehörden circa 30 bis 35 Hinweise auf potenziell gefährliche Personen. Durch den Zugang zur europäischen Verbrecherdatenbank wird zum Beispiel eine Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung von einem international gesuchten Verbrecher verhindert. Daher erhöht dieser Zugang zur Datenbank auch die Sicherheit in der Schweiz. Wenn einer Person die Einreise in die Schweiz verweigert wird, gilt dies dank dem Schengener Informationssystem automatisch auch für alle weiteren Länder im Schengen-Abkommen.

Frontex und die Ukraine

Frontex leistet – auch während wir hier sitzen und sprechen – eine wichtige Arbeit an der Schengen-Aussengrenze zur Ukraine in Polen und Rumänien. Dort werden zurzeit die Grenzbeamten durch Frontex unterstützt, sodass die Wartezeiten für die Registrierung von Flüchtlingen aus der Ukraine vermindert werden kann. Frontex ist auch eine wichtige Institution für die Erhebung von Daten zu Migrationsströmen und weiss früh, wie die Migrationsströme aussehen. Ohne Frontex wäre die Situation in den Nachbarstaaten zur Ukraine ausser Kontrolle.

Konstanz in der Zusammenarbeit

Mit dem Referendum zu Frontex wird das Schengener Abkommen einmal mehr in Frage gestellt. Obwohl Schengen für die Sicherheit in der Schweiz von unermesslicher Bedeutung ist, müssen wir erneut um unsere Vorteile aus den Schengen-Abkommen bangen. Die FDP setzte sich schon bei den Anpassungen des Waffenrechts für eine nachhaltige und sicherheitsbringende Kooperation mit Europa ein. Eine thematische Konstanz für die Zusammenarbeit mit Europa ist richtig und wichtig. Dass gerade die SP das Referendum unterstützt und einen Ausschluss aus Schengen

riskiert, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Links hat bei der Revision des Waffenrechts betont, dass ein Schengen-Austritt fatal für die Schweiz ist. Nun erinnern sie sich selber nicht mehr an ihre Worte und setzen die Schengen-Mitgliedschaft fahrlässig aufs Spiel. Entscheidungen über die Unterstützung von Abkommen, welche die Sicherheit in der Schweiz, die Bewegungsfreiheit und die Wirtschaft beeinflussen, sollten unabhängig von einer opportunistischen Haltung und mit Konstanz getroffen werden. Ein JA zu Frontex bedeutet auch ein JA zu Schengen, zur Sicherheit und zum Status Quo.

Kontakt:

Andri Silberschmidt, Nationalrat FDP, Tel. 079 367 58 31

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Jean-Pierre Grin, Nationalrat SVP

Im 21. Jahrhundert hängt die Sicherheit unseres Landes von vielen Faktoren ab. Dazu gehört die Fähigkeit unserer Polizeibehörden, mit ihren europäischen und internationalen Pendanten zusammenzuarbeiten – und dies in einer zunehmend mobilen Welt, in der jeden Tag 1,3 Millionen Personen unsere Grenzen überqueren.

Zur Verbesserung der internationalen Verbrechensbekämpfung haben die Schengen-Staaten eine europaweite Fahndungsdatenbank aufgebaut. Das Schengener Informationssystem (SIS) ist mittlerweile ein zentrales Instrument für die tägliche Fahndungsarbeit der Sicherheitsbehörden und der Schweizer Polizei. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. 2021 gab es gemäss dem Bundesamt für Polizei fedpol insgesamt mehr als 19'000 Fahndungstreffer. Pro Tag erhalten die Schweizer Strafverfolgungsbehörden zwischen 40 und 60 Hinweise auf potenziell gefährliche Personen.

In der Romandie erinnert man sich lebhaft an die spektakulären Überfälle auf gepanzerte Geldtransporter in den Jahren 2017 bis 2019. Dank dem SIS konnte die französische Polizei die kriminellen Banden aus den Vorstädten Lyons 2020 dingfest machen. Der Fahndungserfolg war das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Polizei fedpol, der französischen Nationalpolizei und den Kantonspolizeien. 2017 konnte der Bruder des islamistischen Attentäters von Marseille dank Informationen aus der SIS-Datenbank an der Einreise in die Schweiz gehindert und verhaftet werden.

Der Verzicht auf den Zugang zu den verschiedenen Datenbanken des Schengen-Raums (Fingerabdrücke, Visa, gestohlene Fahrzeuge, Haftbefehle, Personenfahndung) würde unsere Polizei blind machen und unseren Ordnungskräften entscheidende Informationen vorenthalten.

Wie die Vorredner betont haben, würde bei einem NEIN am 15. Mai 2022 auch das Dublin-Abkommen, das rechtlich an das Schengen-Abkommen geknüpft ist, nach sechs Monaten automatisch ausser Kraft treten. Die Schweiz könnte künftig Asylsuchende, für deren Gesuchsprüfung sie gemäss Dublin-Abkommen nicht verantwortlich ist, nicht mehr in den zuständigen Dublin-Staat überstellen. Folglich müsste unser Land alle Gesuche umfassend prüfen. Es wäre mit mehr Zweitgesuchen von Personen zu rechnen, die in einem anderen Dublin-Staat bereits abgelehnt wurden. Wie stark diese Zunahme ausfällt, ist schwierig vorauszusagen. Ein Indiz für die mögliche Zunahme können die negativen erstinstanzlichen Asylentscheide in den Nachbarstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich) sein. 2020 wurden in der Schweiz 13'512 neue Asylgesuche gestellt. Würden 10 Prozent der Personen, deren Asylgesuche im gleichen Jahr in unseren Nachbarstaaten abgelehnt wurden, in der Schweiz erneut ein Asylgesuch stellen, so müssten die Schweizer Behörden zusätzlich 16'300 Gesuche umfassend prüfen. Anders gesagt müsste die Schweiz mehr als doppelt so viele Asylgesuche bearbeiten als heute. Welche zusätzlichen Kosten dies verursachen würde, ist schwer abzuschätzen. Die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Ecoplan-Studie hielt 2018 fest, dass der Schweiz Mehrkosten von 350 Millionen bis maximal 1,332 Milliarde Franken pro Jahr entstehen könnten.

Meine Damen und Herren, am 15. Mai 2022 stimmen wir nicht nur über Frontex ab, sondern vor allem über die Schengen- und Dublin-Assoziierung der Schweiz. Machen wir unsere Polizisten und Zollbeamten nicht blind! Sagen wir JA zur Frontex-Revision!

Kontakt:

Jean-Pierre Grin, Nationalrat SVP, Tel. 079 548 85 74

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Sanija Ameti, Co-Präsidentin Operation Libero

Als Liberale in der Schweiz müssen wir gleichzeitig staatstragend und staatskritisch sein. Als Liberale in Europa müssen wir gleichzeitig europatragend und europakritisch sein.

Die Urheber*innen des Referendums sind kritisch – und sie haben in einem Punkt Recht: Frontex kann man heute nicht schönreden. Frontex vertritt die im Kern menschenverachtende Migrationspolitik der europäischen Staaten – und die Schweiz hat hier keine Lektionen zu erteilen. Es wäre gut und richtig gewesen, diese problematische Teilhabe an Frontex mit innenpolitischen Ausgleichsmassnahmen abzufedern. Insbesondere Resettlement-Flüchtlinge sind eine einfache und sinnvolle Möglichkeit, das Leid zu reduzieren, das unsere Migrationspolitik verursacht. Die grosse Aufnahmebereitschaft gegenüber Menschen aus der Ukraine zeigt gerade, dass wir durchaus solidarisch sein und grosse Gruppen von Flüchtlingen aufnehmen können. Es ist Kopfsache. Wir hätten es sehr begrüsst, die Bürgerlichen hätten sich auf diesen Kompromiss eingelassen. Wir werden uns weiterhin für eine menschlichere Migrationspolitik einsetzen. Eine Vorbedingung dafür aber ist, dass wir ein Teil von Schengen bleiben. Denn kein Schengen ist auch keine Lösung.

Als Verfassungspatriot*innen müssen wir die Schweiz auffordern, ihre verfassungsmässigen Pflichten zu erfüllen. Unsere Bundesverfassung verpflichtet uns, zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie beizutragen. Es ist Fluch und Segen von Marignano, dass wir keinen Zugang zum Mittelmeer haben. Es liegt aber im Geist von Solferino, dass wir Schweizerinnen und Schweizer unsere humanitäre Verantwortung jenseits unserer Grenzen übernehmen. Diese Verantwortung können wir heute nur MITtragen, wenn wir die Schengen-Institutionen MITprägen und wenn wir die Agentur Frontex MITkontrollieren. Das Mare Nostrum ist auch unser Meer.

Und gerade jetzt werden Freiheit, Frieden und Demokratie in Europa frontal angegriffen. In diesem historischen Moment lösen wir die Probleme an den Aussengrenzen nicht, indem wir uns vom europäischen Projekt abwenden, und zwischen der Schweiz und Europa eine zusätzliche institutionelle Krise auslösen. In diesem historischen Moment brauchen wir Europa – und Europa braucht auch die Schweiz. Eine verantwortungsvolle und glaubwürdige Schweiz. Diese Verantwortung und diese Glaubwürdigkeit verpflichten uns die Spielregeln von Schengen – und auch die Spielregeln des Binnenmarkts – anzuerkennen und zu respektieren. Wir brauchen endlich eine institutionelle Lösung und kein zusätzliches institutionelles Problem.

In diesem historischen Moment müssen WIR Europäer*innen und somit auch wir SCHWEIZER*innen dafür sorgen, dass das Versprechen von Schengen als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts eingehalten wird – und zwar nicht nur für die Menschen in Europa, sondern auch für die Menschen auf der Flucht. Wir, Liberas und Liberos, stehen für ein JA. Ein kritisches JA zu Schengen. Ein ermutigendes JA zu Europa. Und vor allem ein überzeugtes JA zu einem Freiheits-, Friedens- und Menschenrechtsprojekt, das trotz seiner Schattenseiten gerade in diesem historischen Moment nicht gefährdet werden darf.

Kontakt:

Sanija Ameti, Co-Präsidentin Operation Libero, Tel. 078 618 90 95

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung economiesuisse

Die Abstimmung vom 15. Mai über die Erhöhung des Schweizer Frontex-Beitrags ist auch wirtschaftspolitisch eine wichtige Weichenstellung. Denn alle Argumente, die Ihnen heute bereits vorgetragen wurden, sind für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts sehr relevant. Die internationale Vernetzung, die Sicherheit und auch die Reisefreiheit innerhalb Europas sind allesamt wichtige Punkte, wenn es beispielsweise um Investitionsentscheide von Unternehmen in der Schweiz geht. Und zur Bedeutung des Schengen-Visums für den Tourismus wird Ihnen anschliessend Nicolo Paganini noch einige Anhaltspunkte liefern.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schengen-Abkommens hat der Bundesrat bereits 2018 durch die unabhängigen Experten von Ecoplan untersuchen lassen. Diese Studie kam zum Schluss, dass das Bruttoinlandprodukt der Schweiz ohne diesen Vertrag im Jahr 2030 3,7 Prozent tiefer liegen würde. Das sind bis zu 1600 Franken pro Kopf und Jahr. Es lohnt sich deshalb, vor der Abstimmung nochmals genauer hinzuschauen, warum Schengen die Schweiz als Standort attraktiver macht. Ein gewichtiger Faktor ist die grenzüberschreitende Mobilität. Rund 360'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger pendeln regelmässig aus den Nachbarländern in die Schweiz und etwa 600'000 Fahrzeuge passieren täglich unsere Landesgrenze. Wenn sie alle systematisch kontrolliert werden müssen, bedeutet das nicht nur viel Aufwand für den Staat, sondern auch lange Staus. Für wichtige Wirtschaftsregionen wie Basel, Genf oder das St. Galler Rheintal wäre das ein grosses Problem und würde auch die grenzüberschreitenden Lieferketten beeinträchtigen. Die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten summieren sich auf bis zu 3,2 Milliarden Franken pro Jahr.

Ein weiteres Argument geht gerne vergessen: Wenn die Schweiz aus dem Schengen-Raum austritt, verliert sie nicht nur als Unternehmensstandort, sondern auch als Bildungs- und Forschungsplatz massiv an Attraktivität. So kann zum Beispiel ein Gastdozent aus einem asiatischen Land, der an der ETH unterrichtet, nicht mehr unkompliziert an eine Veranstaltung nach Deutschland reisen. Er müsste dafür in Zukunft ein Schengen-Visum beantragen. Umgekehrt bräuchte die Biochemikerin aus Argentinien, die als Teil einer Forschergruppe in Madrid tätig ist, für ihre Teilnahme an einem Fachkongress in Basel ein Spezialvisum. Solche Hürden mögen im Einzelfall gering erscheinen, für eines der am stärksten globalisierten Länder wie die Schweiz stellen sie in der Summe aber ein Problem dar. Im Kontext der bereits bestehenden europapolitischen Schwierigkeiten wäre diese spürbare Abkoppelung ein fatales Signal.

Es lässt sich kaum bestreiten: Schengen ist eine Erfolgsgeschichte. Für die Wirtschaft, aber auch für den Bildungs- und Forschungsstandort und für die ganze Schweizer Gesellschaft. Es ist jenes bilaterale Abkommen mit der EU, von dem wir wohl alle bereits in irgendeiner Form ganz persönlich profitiert haben. Diese Errungenschaft sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Deshalb engagiert sich die Schweizer Wirtschaft für ein JA zu Frontex und damit für ein JA zu Schengen am 15. Mai.

Kontakt:

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung economiesuisse, Tel. 079 301 70 47

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Nicolo Paganini, Präsident Schweizer Tourismus-Verband

Bei der Abstimmung vom 15. Mai zu Frontex-Schengen steht für den Tourismussektor viel auf dem Spiel. Das Wegfallen des Schengen-Abkommens bedeutet auch den Ausschluss der Schweiz aus dem Visa-Raum «Schengen», was den Sektor jährlich über eine halbe Milliarde Franken kosten würde.

Auf dem Spiel steht in erster Linie die Reisefreiheit: Noch Mitte Februar hat der Bundesrat dem Tourismus mit den weitreichenden Lockerungen berechnete Hoffnung auf eine nachhaltige Erholung gemacht. Die Aufhebung der Reiserestriktionen bedeutete nicht zuletzt eine Wiederherstellung der vollständigen Reisefreiheit, gerade für unsere Gäste aus den nicht-europäischen Fernmärkten. Doch genau diese Reisefreiheit ist am 15. Mai wieder gefährdet.

Ohne «Schengen» wird die Schweiz zur Visums-Insel. Touristinnen und Touristen aus den Fernmärkten ausserhalb Europas bräuchten ein separates Visum für die Schweiz. Viele Gäste aus Drittstaaten, die Europa bereisen und nur für wenige Tage in der Schweiz bleiben, würden dann wohl auf den Abstecher in die Schweiz verzichten. Wie während der Corona-Krise würde es zuerst vor allem wieder Destinationen treffen, welche typischerweise viele interkontinentale Gäste empfangen.

Zudem würde der Sektor unter den Grenzkontrollen leiden, die erneut eingeführt werden müssten, weil die Schweiz wieder zur Aussengrenze der EU würde. Dies bedeutet auch für die Touristinnen und Touristen: anstehen im Stau an der Grenze. Ohne Schengen müssten aber nicht nur unsere Gäste, sondern auch die Schweizerinnen und Schweizer länger an den Flughäfen warten. Die Flughäfen müssten ihre Terminals wieder vereinheitlichen, da diese zurzeit in einen Schengen- und Nicht-Schengen-Bereich aufgeteilt sind. Somit müssten Reisende – Gäste und Schweizerinnen und Schweizer - auch bei Flügen innerhalb des Schengenraumes wieder ihren Ausweis zeigen und an einem entsprechenden Schalter anstehen - und noch mehr Zeit verlieren, weil sie sich nicht mehr in der Schlange für EU-Bürger einreihen dürfen.

Für unsere Betriebe bedeuten die Grenzkontrollen weniger Planungssicherheit und eine zusätzliche Verschärfung von Lieferengpässen.

Der Tourismus leidet aktuell, noch mehr als andere Sektoren, unter einem Personalmangel. Wie erwähnt, würde ein NEIN am 15. Mai eine Lösung bei den institutionellen Fragen mit der EU weiter verzögern und auch die Bilateralen I potenziell gefährden. Dies würde den Personalmangel in unserem Sektor weiter verschärfen und es den touristischen Betrieben faktisch verunmöglichen, genügend geeignetes Personal zu finden.

Der Schweizer Tourismus-Verband – und mit ihm die wichtigsten Verbände der Wertschöpfungskette Tourismus – hat einstimmig die JA-Parole für die Schengen-Frontex Abstimmung vom 15. Mai beschlossen. Für den Tourismus steht viel auf dem Spiel. Ja zu Frontex heisst Ja zu Schengen. Ja zu Schengen heisst Ja zur Reisefreiheit, Ja zu einem guten Verhältnis mit unseren Nachbarn, und Ja zu einer nachhaltigen Erholung unseres Sektors.

Kontakt:

Nicolo Paganini, Präsident Schweizer Tourismus-Verband, Tel. 079 605 19 43

Sperrfrist: 29. März 2022, 9:30 Uhr

Gemeinsame europäische Verantwortung – JA!

Die gemeinsame Verwaltung der europäischen Aussengrenze ist eine Folge der Grenzabschaffung innerhalb des Schengenraumes. Seit 2016 verstärkt die EU die gemeinsame und integrierte Grenz- und Küstenwache Frontex finanziell und personell. Diese Weiterentwicklung trifft nicht nur die EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch die assoziierten Schengen-Staaten. Als solches muss sich auch die Schweiz daran beteiligen.

Gemeinsame Verantwortung

Die Ablehnung der Ordnungsübernahme wäre eine Abkehr der Schweiz von den gemeinsamen Aufgaben und der Solidarität in Europa. Einmal mehr wird verkennt, dass wir viel mehr bewirken können, wenn wir aktiv dabei sind. Nur so kann die Schweiz ihre humanitären Verpflichtungen und ihre berechtigten Anliegen einbringen, und damit letztlich wirkungsvoll dazu beitragen, dass internationale Kriminalität und Folgen von Rechtsverletzungen an der Aussengrenze gestoppt werden. Abseitsstehen und sich der gemeinsamen Verantwortung entziehen ist und bleibt ein antieuropäischer Weg.

Gemeinsame Sicherheit

Als Binnenstaat Europas, mit engen Verflechtungen zur EU, ist die Assoziierung zu Schengen für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Sie profitiert von der gemeinsamen und solidarischen Verwaltung der europäischen Aussengrenze, weil ihre Sicherheit mit der Sicherheit der Schengen-Aussengrenzen gewährleistet wird. Dies erfordert jedoch zusätzlich auch eine spezifische, solidarische Leistung gegenüber Flüchtenden und schutzsuchenden Menschen. Hier macht die Schweiz zu wenig mit einer zu geringen Verbindlichkeit.

Gemeinsame Lösungen

Die Europäische Bewegung Schweiz nimmt die Kritik an Frontex ernst. Die vielen Toten im Mittelmeer sowie menschenrechtsverletzende und gewaltvolle Grenzschutzmassnahmen an der EU-Aussengrenze sind eine Schande und einem offenen und demokratischen Europa unwürdig. Die benannten Problemfelder werden sich mit einem Nein zur Ordnungsübernahme aber nicht lösen. Indem die Schweiz ihren Beitrag nicht erhöht und nicht mehr in der gemeinsamen Verantwortung stehen will, wird weder Frontex abgeschafft noch die Migration nach Europa entkriminalisiert – sie wird damit auch keineswegs sicherer. Denn die Abschaffung gemeinsamer Aufgaben ist keine Antwort auf Fehlverhalten. Wir alle sind gefordert. Deshalb muss sich die Schweiz gemeinsam mit ihren europäischen Partnern für Lösungen einsetzen, um eine grundrechtskonforme und humane Praxis an der Aussengrenze zu gewährleisten.

Darum empfiehlt die Europäische Bewegung ein JA am 15. Mai 2022 zum Bundesbeschluss über die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache.

Kontakt:

Roland Fischer, Vizepräsident EBS, Tel. 079 422 76 60

Janina Aeberhard, Stv. Generalsekretärin, Tel. 078 775 55 62, janina.aeberhard@europa.ch